



## **Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln**

Herrn Oberbürgermeister

Manfred Rouhs

Fritz Schramma

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

### **Antrag gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat	19.06.2007

### **Wiederholung der Bürgeranhörung zum Bau der Groß-Moschee in Ehrenfeld**

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat stellt fest, daß die am 29. Mai 2007 in der Aula des Gymnasiums Kreuzgasse durchgeführte Veranstaltung zum geplanten Bau einer Groß-Moschee in Ehrenfeld nicht den rechtlichen Anforderungen an eine Bürgeranhörung genügt hat. Der Rat beauftragt deshalb die Verwaltung, die Bürgeranhörung in angemessener Form noch einmal neu durchzuführen.

Begründung:

Die am 29. Mai 2007 realisierte Versammlung zur Bürgerbeteiligung für den geplanten Bau einer Groß-Moschee in Ehrenfeld war eine Farce. Die Stadtspitze und die türkisch-islamische Union DITIB hatten alles unternommen, um eine freie Meinungsäußerung und Willensbekundung der Bürger zu unterbinden: Bereits vor dem offiziellen Einlaß der Besucher war rund ein Drittel der Plätze, vor allem im vorderen Bereich der Schulaula im Gymnasium Kreuzgasse, durch „Jubel-Perser“ der DITIB und der Kölner Altparteien besetzt. Anschließend wurde vom Versammlungsleiter, Bezirksbürgermeister Josef Wirges, in Gutsherrenart verkündet, daß Fragen und Anmerkungen nur nach schriftlicher Voranmeldung unter Nennung von Name, Anschrift und Thema des Redebeitrages gestellt werden dürften. Und schon zu Beginn der Sitzung lag ein Stapel dieser Anmeldungen auf Wirges Tisch, obwohl noch kein einziger Anwohner Gelegenheit gehabt hatte, einen solchen Zettel auszufüllen. Wortmeldungen, die vom Versammlungsleiter berücksichtigt wurden, kamen dementsprechend auffallend häufig von politischen Funktionären und Mandatsträgern, die den Moschee-Bau befürworten, wie beispielsweise der SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Lale Akgün und dem regionalen DGB-Vorsitzenden Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen. Zahlreiche Anwohner kamen dagegen bis zum Ende der Versammlung – trotz ausgefüllter Zettel! - nicht zu Wort.

Als angesichts dieser Zensurmaßnahmen und Manipulationen der Bürgeranhörung zahlreiche Besucher lautstark protestierten, drohte Wirges sofort mit Saalverweisen und Zwangsmaßnahmen. Die ebenfalls anwesenden Linksextremisten und sehr aggressiv auftretenden, jugendlichen Zuwanderer konnten derweil ungehindert die Moschee-Gegner wüst beschimpfen und körperlich bedrohen, ohne daß der Versammlungsleiter auch nur ein Mal eingeschritten wäre.

Die Stadtspitze, die türkisch-islamische Union DITIB und ihre Hilfstruppen im Saal wollten mit dieser Taktik wohl die normalen Ehrenfelder Bürger einschüchtern und davon abhalten, ihre Interessen wahrzunehmen. Eine ernstzunehmende Diskussion und ein freier Informationsaustausch sollten offenbar unter allen Umständen verhindert werden, statt dessen wurden von den ausgesuchten politischen Akteuren, denen ein Rederecht eingeräumt wurde, allgemeine politische Stellungnahmen in den Vordergrund gerückt.

Vor diesem Hintergrund erscheint es nur als folgerichtig, daß die Versammlungsleitung mit massiver Kritik aus der Bevölkerung konfrontiert wurde. Die Reaktion des Versammlungsleiters Wirges auf diese Kritik war dagegen völlig unangemessen: Brüllend beorderte er die anwesenden Sicherheitsleute und Polizisten in das Publikum, um unliebsame Kritiker zum Schweigen zu bringen. Daraufhin wurden mehrere Großmoschee-Gegner aus dem Saal gebracht, wobei sich die eingesetzten privaten Sicherheitsleute äußerst aggressiv und gewalttätig verhielten.

Die nachfolgenden Berichte und die dazugehörigen Schlagzeilen in den Medien deuten den chaotischen Verlauf der sogenannten Bürgeranhörung an: [„Großmoschee: Tumulte in Ehrenfeld“](#), [„Turbulente Diskussion über Moscheepläne“](#), [„Rechte verursachen Eklat bei Podiumsdiskussion“](#), usw.

Nach alledem bestehen Zweifel daran, daß die am 29. Mai 2007 durchgeführte Versammlung den rechtlichen Anforderungen einer Bürgeranhörung genügt. Insbesondere kann es nicht richtig und rechtmäßig sein, daß eine solche Versammlung von politischen Funktionären geprägt wird, die einseitig für das Großmoschee-Projekt Stimmung machen, während Ehrenfelder Bürger, die kritische Fragen und Anregungen vortragen wollten, nicht zu Wort kamen und am Ende der Versammlung zahlreiche Wortmeldungen von Betroffenen ungehört blieben.

gez. Rouhs